

Angebot!
Leiderstoffe
 jeder Preislage,
Wollstoffe
 in schöner Auswahl,
Rölsch
 Nr. 24.
 130 cm breit,
 15.50,
 beste Cooperware,
 effücher,
 und farbig,
 lohrend!

Bezugspreis:
 Vierteljahrlich in Neuen-
 bürg M. 18.75. Durch die
 Kost im Oct. und Ober-
 amt-Befehle sowie im
 sonstigen inländ. Befehle
 M. 18.80 m. Postbez. z. d. B.
 In allen von höherer Behör-
 de erteilten Befehlen auf diese
 wird die Zahlung ohne auf
 Zahlung des Bezugspreises
 Bestellungen nehmen alle
 Poststellen, in Neuenbürg
 außerdem die Kundträger
 jederzeit entgegen.
 Directoria Nr. 24 bei
 der Oberamts-Sparkasse
 Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.
 Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Anzeigenpreis
 Die einseitige Zeile
 oder deren Raum 60 f
 bei Auslieferung
 durch die Geschäftsstelle
 45 f gelten.
 Reklame-Zeile z. 1.5 f
 bei größeren Aufträgen
 entsprech. Rabatt, der
 Falle des Nachdruckes
 fünfzigig wird.
 Schluss der Anzeige
 Annahme tagbuch
 Fernsprecher Nr. 4.
 Für telef. Aufträge mit
 kleinerer Gebühr über
 nommen.

Nr. 36 Neuenbürg, Montag den 14. Februar 1921. 79. Jahrgang.

Deutschland.
Stuttgart, 12. Febr. Aus Holzindustriellen-Kreisen er-
 fahren wir, daß die Verhandlung mit der Entente über die
 deutschen Holzlieferungen abermals abgebrochen worden sind,
 da die Franzosen keine Anboten, die erheblich unter den
 heutigen Marktpreisen liegen. Unsere Delegierten sind daher
 wieder von Paris zurückgekehrt. — Der Bunt. Bund für
 Handel und Gewerbe wird demnächst mit anderen gewerblichen
 Vereinigungen des Landes eine Steuerberatungsstelle ein-
 richten.
München, 12. Febr. Der bayerische Ministerpräsident
 Kahr ist an einer schweren Grippe erkrankt, die ihn an das
 Bett fesselt. Er kann daher seine Dienstgeschäfte vorläufig
 nicht mehr wahrnehmen.
Gienach, 12. Febr. Hier kam es bei Erwerbslosendemon-
 strationen vor dem Rathaus zu großen Tumulten. Die
 Menge führte das Rathaus, drang in das Meldeamt ein und
 verlegte den dort weilenden Inspektor. Fensterbrüche wurden
 mit Steinwürfen terrästriert. Der Polizei gelang es,
 durch Säurewürfe die Menge auseinander zu treiben. Mit
 der Erwerbslosendemonstration hätte der Internationale
 Bund der Kriegsoffiziere gleichzeitig eine Forderung auf Ge-
 währung von Unterstützungen in Höhe von 600.000 Mark
 gestellt. Die Anträge wurden an die zuständigen Stellen wei-
 ter gegeben.
Dresden, 12. Febr. Gegenüber einer Erklärung der Ber-
 liner Regierung, daß keine Erhöhung der Arbeitslosenunter-
 stützung bewilligt worden sei, ist hervorzuheben, daß nach
 amtlicher Mitteilung im Haushaltsausschuß des sächsischen
 Landtags eine solche Erhöhung von 10 auf 12 Mark je Tag
 vom Reichsarbeitsministerium der sächsischen Arbeitsver-
 stände, Annaberg, Kuerbach und Burgstädt bewilligt worden
 ist, und zwar rückwirkend ab 15. November 1920. (Was ist
 man wahr? Schriftl.)

Die schwere wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes.
 Wenn man mit einem gesamtan Volkseinkommen in
 Deutschland von 140 Milliarden Papiermark zu rechnen hat,
 so entfallen auf den Kopf der Bevölkerung 233 Papiermark.
 Nach der Berechnung in Goldmark ergibt dies eine Summe
 von 239 ein Drittel Goldmark auf den Kopf der Bevölkerung.
 Davon müssen in Deutschland 75 ein Drittel Mark Steuern
 bezahlt werden. Das macht 23 Prozent aus. Nach Abzug
 der Steuern bleiben in Deutschland 158 Goldmark auf den
 Kopf der Bevölkerung jährlich übrig. Hierin drückt sich die
 schwere wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes am deut-
 lichsten aus.
Neue Richtlinien für den Beamtendienst.
 Das Reichsministerium hat kürzlich für die Regelung der
 Arbeitszeit der Beamten neue Richtlinien aufgestellt. Jeder
 Beamte ist hiernach verpflichtet, seine volle Arbeitskraft in
 den Dienst des Reiches zu stellen und die ihm angetragenen
 Verrichtungen ohne Rücksicht auf eine festgesetzte Dienstzeit
 zu erledigen. Die Dienstzeit beträgt wöchentlich mindestens
 48 Stunden. Soweit der Dienst nur in Bereitschaft besteht,
 ist diese Zeit entsprechend zu erhöhen. Der Tagdienst ist
 grundsätzlich in Vor- und Nachmittagsdienst zu teilen. Nur
 da, wo aus beruflichen oder sachlichen Gründen eine Teilung
 ungewinnlich erscheint, kann durchgehend gearbeitet werden.
 Der Tagdienst wird nach Anordnung der Beamtenvertretungen
 festgelegt. Für eine Ueberbrückung der schließlichen
 Wochendienstzeit wird eine Vergütung nicht gewährt. Es
 wird angestrebt, die Tagesdienstzeit der an demselben Ort
 befindlichen Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten gleich-
 mäßig zu regeln. Alle bisherigen Uebergangsbestimmungen
 sind aufgehoben.

Finanzminister Wirth über Steuern.
 Von der Handelskammer zu Bremen erklärte Finanz-
 minister Wirth: Heute besteht die Notwendigkeit, die Ein-
 kommensteuern abzubauen. Der Volk muß herangezogen
 werden, Post- und Eisenbahn-Verkehr in letzter Zeit ganz
 auf eigenen Füßen stehen. Die Einkommensteuer und die
 Besitzsteuer hätten die Grenze des Möglichen erreicht, sogar
 überschritten. Diese Auffassung findet man auch in den
 Kreisen der Militärs. An eine Verschärfung dieser Steuern
 kann daher nicht gedacht werden. In London würden wir
 Vorschläge machen, die nicht unbedenklich seien, aber das
 Angebot dürfte nicht dem deutschen Volkvermögen entnommen
 werden, sondern müsse erarbeitet werden. Es dabei alle
 Früchte der Revolution gewahrt werden könnten, sei fraglich.
Der angebliche rote Aktionsplan.
 Der Staatskommissar für öffentliche Ordnung teilt mit:
 Die deutsche Tageszeitung bringt unter der Überschrift: Ein
 roter Aktionsplan für Groß-Berlin, Mitteilung, wonach
 vom 1. März ab alle Vorbereitungen für die Durchführung
 einer Gewaltaktion seitens der kommunistischen Partei in
 Berlin und Umgebung fertig seien. Demgegenüber wird, wie
 schon wiederholt betont worden ist, ausdrücklich hervorgehoben,
 daß zwar linksradikale Pläne, wie die gewalttätige Einsetzung
 der Diktatur des Proletariats bestehen, daß aber mit einer
 Ausführung dieser Pläne in absehbarer Zeit nicht gerechnet
 werden kann.
Kommunistische Gesandnisse.
 Am letzten Dienstag haben sich die Funktionäre der Ver-
 kommunistischen Groß-Berlins zu einer Sondertagung zusam-
 mengefunden. Es galt nämlich, Bericht über den Führer
 der Partei, Dr. Levi, abzugeben, weil er ersens wider den
 Modaner Stachel gelockt und zweitens im Reichstag für ein
 Bündnis Sowjetrusslands mit dem noch immer kapitalistischen
 Deutschland eingetreten war. Dr. Levi hielt eine lange Ver-
 teidigungsrede, aus der mancherlei Einzelheiten auch über
 den Kreis seiner Anhänger hinaus von Interesse sind. Vor
 allem verdient festgehalten zu werden, daß Dr. Levi vor
 jeder Propaganda der Tat als überholt warnte und auf die
 Weltrevolution vertritt. Eine rote Armee sagte er, würde
 die Mittel noch nicht reif sei, sich ebenfalls vorzubereiten,
 wie einst die französischen Revolutionäre. Ueberhaupt kann
 man das Sowjetystem nicht einfach „auf der Spitze der Revo-
 lution“ bei uns einführen, da der revolutionäre Wille fehle.
 Man kann die Offenbergsche nicht weiter treiben. Neu ist
 das alles ja nicht, aber die deutschen Arbeiter, besonders die
 im unmittelbaren Gefolge Dr. Levi, werden immerhin mit
 Interesse vernehmen, wie eine der maßgebenden Persönlich-
 keiten ihrer Partei deren tatsächliche Ansichten beurteilt. Amüs-
 sant als charakteristisches Detail war eine Bemerkung Levi,
 aus der hervorgeht, daß es mit den 50 Millionen, die Lenin
 1917 aus Deutschland nach Rußland mitgenommen haben soll,
 doch keine Richtigkeit haben muß. Und das steht in derselben
 „Roten Fahne“, die bedrohen den alten Eduard Berni in mit
 so handlichen Qualitätszeichnungen wie „Trottel“ und alte
 „Klatschballe“ bedacht hat!

Berlin, 12. Febr. Die deutsche Regierung hat gegen die
 Zusammenziehung polnischer Truppen an der deutschen Ost-
 grenze, deren Stärke 212.000 Mann beträgt, erneut Protest
 eingelegt. — Die Meldung, daß der französische Postminister
 Laurent seinen Posten verlassen werde, wird als erfunden
 bezeichnet. — Wie der Pariser „Temps“ mitteilt, sollen die
 von Deutschland schon gezahlten 2 Milliarden Goldmark
 nicht auf die geforderte Wiederherstellungssumme angerechnet
 werden. — Umwelts von Braunschweig wurde in einem Urteil
 der Erde vergabten ein Wärschlager von mehreren
 Hundert Sandgranaten und Mündern gefunden. Der Fund
 wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Württembergischer Landtag.
Stuttgart, 11. Febr. In der Nachmittags-Sitzung trat der
 Landtag in die Einzelberatung des Etats des Arbeits- und
 Ernährungsministeriums ein. Minister Dr. Schall behandelte
 in einer längeren Rede alle die in der Vormittags-Sitzung auf-
 geworfenen Fragen. Das Arbeitsministerium entspricht einem
 Bedürfnis und ist schon einen Tag vor der Revolution
 existenzfähig geworden. Die Zahl der beschäftigten Personen
 ist von 600 auf 525 gesunken. Das Doppelministerium zählt
 zu den sog. großen Ministerien und kann nicht an das mit
 Aufgaben stark beladene Ministerium des Innern angegliedert
 werden. Das Gesetz über die Abgrenzung der Ministerien
 wird eine andere Verteilung der Staatsaufgaben bringen.
 Eine Regelung der Vergütung öffentlicher Arbeiter ist in die
 Wege geleitet. Der Achtstundentag muß unter dem Gesicht-
 punkt der wirtschaftlichen Wirkung betrachtet werden. Ein
 Staat, dessen Wirtschaft darniederliegt, kann nicht Sozialpolitik
 machen. Der Redner zeigt, was das Ministerium für die
 Landwirtschaft und für die Steigerung der Produktion ge-
 leistet hat. Ein Antrag Basile, einen Untersuchungsaußen-
 schuß zur Prüfung der Notlage der Pensionäre und Kleinrentner
 einzusetzen, soll mit dem Finanzetat behandelt werden. Die
 verschiedenen Aufgaben für Arbeits- und Ernährungsmini-
 steren werden gegen die Stimmen der U. S. V. und K. V.
 D. teils auch gegen die Rechte, genehmigt. Der Aufhebung
 der Abteilung für soziale Volkswohlfahrt zum 31. März wird
 zugestimmt, ebenso der Umwandlung des Hofhof- und Aus-
 tragamts in einen Selbstverwaltungsbehörde. In längeren
 Auseinandersetzungen kam es noch beim Landesbrennstoffamt,
 wobei Dingler (W.) beantragte, die öffentliche Verwaltung
 von Holz und Torf aufzuheben. Die Abg. Schuler (Str.),
 Roth (Dd.), Biedes (Dd.), Flügler (Wg.), brachen unter
 Hinweis auf die mangelhafte Kohlenversorgung und die
 un sichere Zukunft der Kohlenwirtschaft für die Beibehaltung der
 Notstandsversorgung in Brennholz, während Dingler und
 Klein (W.) für Beseitigung der Brennholzteile eintraten.
 Minister Dr. Schall teilte mit, daß die Kohlenlieferung auf 60
 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und die An-
 lieferung von schlechter Kohle auf über 20 Prozent gestiegen
 sei. Der Antrag Dingler wurde abgelehnt und der Titel
 genehmigt, ebenso eine Reihe von Entscheidungen über Abbau
 der Brennholzversorgung und Festhaltung von Rahmen-
 dreien bei öffentlichen Verkäufen. — Schluß 8 Uhr. Nächste
 Sitzung: Samstag 9 Uhr: Fortsetzung.

Die Pariser Beschlüsse kein Diktat.
Paris, 12. Febr. Von zuständiger französischer Stelle
 wurde heute dem Pariser Vertreter der „Kosischen Zeitung“
 erklärt, daß die Pariser Beschlüsse der verbündeten Mächte
 entgegen anders lautenden Pressemeldungen keineswegs ein
 Diktat darstellen, soweit sie die Wiedergutmachungsfrage be-
 treffen, sondern als ein Deutschland unterbreiteter Vorschlag
 zu betrachten seien. Es steht Deutschland frei, die Pariser
 Beschlüsse abzulehnen und auf der integralen Ausführung des
 Versailler Vertrags zu bestehen. In diesem Falle würden die
 Verbündeten für Deutschland die Einzelheiten bestimmen und
 für den Fall der Nichterfüllung Sanktionen festsetzen, die von
 den in Paris vereinbarten Sanktionen kaum verschieden sein
 werden. Weiter wird versichert, daß die Absicht, Deutschland
 in dem ersten Jahre die Abtragung seiner Schuld zum größten
 Teil durch Naturalieferungen zu ermöglichen, von Frankreich
 keineswegs aufgegeben worden sei. Diesbezügliche deutsche
 Anträge könnten auf Annahme rechnen.

**Der deutsche evangelische Kirchenauschuß zur
 Verfassungskonferenz**
Berlin, 12. Febr. Die amtliche Gesamtvertretung der
 deutschen Landeskirchen, der Deutsche evangelische Kirchenaus-
 schuß, erklärt zu den neu- in Forderungen der Entente u. a.:
 Die Kirche der deutschen Reformation, alle ihre Anstalten und
 ihre Gottesdienste sind an der Volkswirtschaft als das zentrale
 Element, wenn die Absichten der Verbündeten, die wirtschaft-
 liche und staatliche Existenz Deutschlands zu erschüttern und
 zu zerstören, sich erfüllen. Der deutsche evangelische Kirchen-
 auschuß erhebt vor Gott und aller Welt, insbesondere vor
 dem Namen und Vorwaid des Friedens ein dringliches Kulturvolk
 aus den Weibern der freien und lebensfähigen Völker endgültig
 zu werden sollen.

430.000 deutsche Gräber in Frankreich.
 Nach amtlichem französischen Material gibt es in Frank-
 reich im ganzen 430.000 Gräber deutscher Soldaten. Die
 französische Regierung hat einen Gesetzentwurf eingereicht,
 nach dem diese deutschen Gräber in der gleichen Weise be-
 handelt werden sollen wie die in Frankreich liegenden Gräber
 der französischen und alliierten Soldaten. — Das
 französische Volk muß also erst durch ein Gesetz auf diese
 selbstverständliche Pflicht jedes Kulturvolkes hingewiesen
 werden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenbürg, 12. Febr. Die Ueberfüllung des mittleren
 Verwaltungsdienstes erfordert eine schärfere Ueberwachung
 und eine Beschränkung des Zugangs zu diesem Berufe. Eine
 nach Anhörung der Standesvereinigungen ergangene Ver-
 fügung des Ministeriums des Innern, die im amtlichen Teil
 abgedruckt ist, bestimmt deshalb, daß die Schulbehörden
 und Verwaltungsorgane bis auf weiteres nur solche Beleh-
 rungen annehmen dürfen, die das Ministerium des Innern zum
 Eintritt des Vorbereitungsdienstes zugelassen hat. Die Zahl
 der Zulassungen wird alljährlich besonders festgelegt. Für das
 Jahr 1921 beträgt sie höchstens 100; für das Jahr 1922 ist
 mit einer weiteren Einschränkung zu rechnen.
Neuenbürg, 14. Febr. Das plötzliche Hinscheiden des
 Herrn Sparkassen-Direktors Holzappel hat in allen Kreisen
 von Stadt und Bezirk und darüber hinaus aufrichtigen
 Schmerz und innige Teilnahme erweckt, was angesichts seiner
 langjährigen und vielseitigen Tätigkeit in verschiedenen
 öffentlichen Ämtern, seiner hervorragenden Stellung im
 Kriegervereinswesen, in der Bekleidung von leitenden Posten
 bei gemeinnützigen Anstalten, wohltätigen und politischen
 Vereinigungen verständlich ist. Ein Mann von bewund-
 erter Ausdauer und Schaffenskraft sank mit ihm ins Grab.
 Direktor Holzappel ist in des Wortes wahrer Bedeutung
 auf seinem Posten gestorben; bis zum letzten Tage übte er
 seinen verantwortungsvollen Beruf aus. Er war tatsächlich
 fränkter, als er seine Umgebung, ja sogar seine eigenen Ange-

Erbsien
 in beliebigen Mengen
 M. 160.— für 1 Str.
 geben. Düten bew.
 sind mitzubringen.
 Städt. Lebensmittel-
 Schönb. g.

Warttembergischer Landtag.
Stuttgart, 11. Febr. In der Nachmittags-Sitzung trat der
 Landtag in die Einzelberatung des Etats des Arbeits- und
 Ernährungsministeriums ein. Minister Dr. Schall behandelte
 in einer längeren Rede alle die in der Vormittags-Sitzung auf-
 geworfenen Fragen. Das Arbeitsministerium entspricht einem
 Bedürfnis und ist schon einen Tag vor der Revolution
 existenzfähig geworden. Die Zahl der beschäftigten Personen
 ist von 600 auf 525 gesunken. Das Doppelministerium zählt
 zu den sog. großen Ministerien und kann nicht an das mit
 Aufgaben stark beladene Ministerium des Innern angegliedert
 werden. Das Gesetz über die Abgrenzung der Ministerien
 wird eine andere Verteilung der Staatsaufgaben bringen.
 Eine Regelung der Vergütung öffentlicher Arbeiter ist in die
 Wege geleitet. Der Achtstundentag muß unter dem Gesicht-
 punkt der wirtschaftlichen Wirkung betrachtet werden. Ein
 Staat, dessen Wirtschaft darniederliegt, kann nicht Sozialpolitik
 machen. Der Redner zeigt, was das Ministerium für die
 Landwirtschaft und für die Steigerung der Produktion ge-
 leistet hat. Ein Antrag Basile, einen Untersuchungsaußen-
 schuß zur Prüfung der Notlage der Pensionäre und Kleinrentner
 einzusetzen, soll mit dem Finanzetat behandelt werden. Die
 verschiedenen Aufgaben für Arbeits- und Ernährungsmini-
 steren werden gegen die Stimmen der U. S. V. und K. V.
 D. teils auch gegen die Rechte, genehmigt. Der Aufhebung
 der Abteilung für soziale Volkswohlfahrt zum 31. März wird
 zugestimmt, ebenso der Umwandlung des Hofhof- und Aus-
 tragamts in einen Selbstverwaltungsbehörde. In längeren
 Auseinandersetzungen kam es noch beim Landesbrennstoffamt,
 wobei Dingler (W.) beantragte, die öffentliche Verwaltung
 von Holz und Torf aufzuheben. Die Abg. Schuler (Str.),
 Roth (Dd.), Biedes (Dd.), Flügler (Wg.), brachen unter
 Hinweis auf die mangelhafte Kohlenversorgung und die
 un sichere Zukunft der Kohlenwirtschaft für die Beibehaltung der
 Notstandsversorgung in Brennholz, während Dingler und
 Klein (W.) für Beseitigung der Brennholzteile eintraten.
 Minister Dr. Schall teilte mit, daß die Kohlenlieferung auf 60
 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und die An-
 lieferung von schlechter Kohle auf über 20 Prozent gestiegen
 sei. Der Antrag Dingler wurde abgelehnt und der Titel
 genehmigt, ebenso eine Reihe von Entscheidungen über Abbau
 der Brennholzversorgung und Festhaltung von Rahmen-
 dreien bei öffentlichen Verkäufen. — Schluß 8 Uhr. Nächste
 Sitzung: Samstag 9 Uhr: Fortsetzung.

Die Pariser Beschlüsse kein Diktat.
Paris, 12. Febr. Von zuständiger französischer Stelle
 wurde heute dem Pariser Vertreter der „Kosischen Zeitung“
 erklärt, daß die Pariser Beschlüsse der verbündeten Mächte
 entgegen anders lautenden Pressemeldungen keineswegs ein
 Diktat darstellen, soweit sie die Wiedergutmachungsfrage be-
 treffen, sondern als ein Deutschland unterbreiteter Vorschlag
 zu betrachten seien. Es steht Deutschland frei, die Pariser
 Beschlüsse abzulehnen und auf der integralen Ausführung des
 Versailler Vertrags zu bestehen. In diesem Falle würden die
 Verbündeten für Deutschland die Einzelheiten bestimmen und
 für den Fall der Nichterfüllung Sanktionen festsetzen, die von
 den in Paris vereinbarten Sanktionen kaum verschieden sein
 werden. Weiter wird versichert, daß die Absicht, Deutschland
 in dem ersten Jahre die Abtragung seiner Schuld zum größten
 Teil durch Naturalieferungen zu ermöglichen, von Frankreich
 keineswegs aufgegeben worden sei. Diesbezügliche deutsche
 Anträge könnten auf Annahme rechnen.

Neuenbürg.
ad.
Erbsien
 in beliebigen Mengen
 M. 160.— für 1 Str.
 geben. Düten bew.
 sind mitzubringen.
 Städt. Lebensmittel-
 Schönb. g.

Rattenfänger
 wird zu kaufen ge-
 Probe Bedingung.
 Zu erfragen bei
Burgard

Gottesdien
 in Neuenbürg
 Sonntag, den 13. Febr.
 Landeskirchenrat,
 10 Uhr Predigt (Ref. 59, 2
 Pred. Dr. Weg
 Kirchenchor: Aus der Tiefe
 Herr zu dir.
 Gemeindevorstand: Aus tiefer
 Ansehend an den Gott
 Friede des Hl. Abendmahls
 Das Opfer ist für die G.
 hülle bestimmt.
 1/2, 8 Uhr Kirchenlehre (Edg.
 Pred. Dr. Weg
 Mittwoch abends 8 U. Bibel
 im Gemeindevorstand:
 Pred. Dr. Weg

Katholisch, Gottesd
 in Neuenbürg
 Samstag, den 12. Februar
 6—7 Uhr abds. Gebetsgottesd.
 Sonntag, den 13. Februar
 1/2, 8 Uhr morgens Frühgottesd.
 vorher und nachher
 legensbet.
 Aufteilung der Hl. Komm.
 während der Frühgottesd.
 vor dem Hauptgottesdien
 9 Uhr Predigt und Kant.
 Der Nachmittagsgottesdien
 aus.
 Freitag: abds. 7 Uhr Gottesd.
 An den Westtagen ist der
 dien mit 7 Uhr.

Methodisten-Geme
 Unt. Gartenstraße Nr.
 (Vorheriger G. Lang)
 Sonntag vorm. 10 Uhr:
 11 1/2, 8 Uhr
 ingsschule.
 Mittwoch abends 8 Uhr: Bibel

